

Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

WIRTSCHAFTSPOLITIK DIENT

DER GESELLSCHAFTSPOLITIK

Philipp von Bismarck

In diesen Tagen hat die Diskussion des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung die Frage nach den Maßstäben neu gestellt, nach denen wir unsere wirtschaftspolitischen Entschlüsse ausrichten sollten. Zwar hat sich der Berliner Parteitag des Jahres 1968 erneut und mit Nachdruck zur sozialen Marktwirtschaft bekannt, damit aber wohl nur das Etikett eines sehr erfolgreichen Rezepts genannt, das Rezept aber selbst noch nicht beschrieben.

Eine wesentliche Orientierung findet sich demgegenüber vielleicht schon in dem ersten der vierzehn Leitsätze, die auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU am 26./27. Juni 1969 verabschiedet wurden.

Dort heißt es:

"Wirtschaftspolitik ist Teil einer umfassenden gesellschaftspolitischen Ordnungsaufgabe. Der Wohlstand eines Volkes läßt sich nicht allein von der Höhe des Sozialprodukts ablesen, sondern wird ebenso von dem Freiheitsgrad seiner Bürger bestimmt. Die Erhaltung der Freiheit und größere Entfaltungsmöglichkeiten aller am Wirtschaftsleben Beteiligten bei größtmöglicher Chancengleichheit muß oberstes Gebot der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sein."

Die soziale Marktwirtschaft, der die Bundesrepublik Deutschland ihren Wiederaufbau nach dem Krieg und ihren heutigen Wohlstand verdankt, kann sicher auch heute noch als das leistungsfähigste und gerechteste Wirt-

Nr. 2/3 12. März 1970

AUS DEM INHALT

Wirtschaftspolitik dient der Gesellschaftspolitik 1

Warum steigen im Konjunkturaufschwung die Preise?
Wolfgang Fechner 3

Vom Gemeinsamen Markt zur politischen Einheit
Arved Deringer 5

Wettbewerb und Konzentration
Heinrich Gewandt 7

Leserbriefe 9

Kurz notiert 14

Aus unserer Arbeit 15

Kommentar 16

Die 16. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU findet vom 15. bis 17. Oktober 70 in Hannover statt.

schaftssystem bezeichnet werden. Darin allein kann aber eben nicht mehr die Hauptaufgabe einer Wirtschaftspolitik gesehen werden, die man als Teil "einer umfassenden gesellschaftspolitischen Ordnungsaufgabe" versteht. Wir müssen vielmehr als wesentliche Zielsetzung zusätzlich die Chance zur freien Entfaltung der Person bei verbesserter sozialer Sicherheit und gerechtere Vermögensverteilung als erstrangige Ziele hinzufügen. Und bei der Bemühung um mehr Freiheit für die Entfaltung der Persönlichkeit stehen Freiheit und Verantwortung miteinander in enger Beziehung. Denn Freiheit gewinnt menschliche Qualität, indem sie Verantwortung übernimmt, und Verantwortung kann nur zugemutet werden, wenn die Freiheit der Entscheidung besteht.

Man könnte das Ziel unseres Wirtschaftens überspitzt auf den Satz reduzieren, daß es dazu dienen soll, die materiellen Voraussetzungen für ein Höchstmaß an verantwortlicher Freiheit bei größtmöglicher Chancengleichheit zu schaffen. Übersetzt man dies in die Wirklichkeit, so wird deutlich, daß die praktische Möglichkeit, zwischen mehreren Alternativen zu wählen, also das Prinzip des Wettbewerbs eine der Grundvoraussetzungen ist, die zur Erhaltung der Freiheit gesichert sein muß. Nur der Arbeitnehmer, der seinen Arbeitsplatz frei wählen und auch wieder verlassen kann, kann sich frei entfalten. Nur der Verbraucher, der zwischen mehreren Angeboten wählen kann, bleibt frei in der Gestaltung seiner Individualität.

Aber der Wettbewerb sorgt gleichzeitig auch für Zügelung der dem Menschen zugehörigen Versuchung des Mißbrauchs seiner Freiheit. Dies gilt sowohl für den Arbeitgeber, der wissen soll, daß seine Arbeitnehmer zu ihm kommen, ihn aber wieder verlassen können, wie auch für den Arbeitnehmer, der mit anderen um den interessantesten Arbeitsplatz im Wettbewerb steht. Da der Wettbewerb überall für den einzelnen unbequem, ja oft gefährlich ist, muß er selbst gegen den Mißbrauch verteidigt und die dafür geschaffenen Gesetze den Entwicklungen der Zeit entsprechend fortgeschrieben werden:

Damit stoßen wir auf das zweite Grundprinzip, das unserer Wirtschaftspolitik Maße setzt: das Prinzip des Rechtsstaates. Es besteht im wesentlichen darin, daß für jedermann geltende Regeln geschaffen werden, die dazu bestimmt sind und darauf ausgerichtet sein müssen, der Gesellschaftspolitik Raum zu schaffen und Schutz zu verleihen. Daß der Bürger seine Rechte und Pflichten kennt, sich auf die Einhaltung durch den Staat verlassen, ihn, wo notwendig, kontrollieren oder in seine Schranken verweisen kann und daß er weiß, daß er sein Recht bei unabhängigen Gerichten durchsetzen kann, ist die notwendige Ergänzung zum Prinzip des Wettbewerbs, ohne die Freiheit nicht bestehen kann.

Unsere Aufgabe wird in den nächsten Monaten und Jahren in Sonderheit darin bestehen, Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung mit einem wachen Blick für schon vollzogene, sowohl wie auch für sich anbahnende Veränderungen der gesellschaftspolitisch wesentlichen Tatbestände fortzuschreiben und Wirtschaftspolitik, in Sonderheit die Konjunkturpolitik, so zu führen, daß sie den Zielen der Gesellschaftspolitik entspricht. Dabei darf als Hauptsatz aus der Bundes-

tagsdebatte über den Bundeswirtschaftsbericht die Überzeugung der CDU/CSU festgehalten werden, daß Stabilität sowohl Voraussetzung für gesundes Wachstum als auch für dessen Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit bleibt.

WARUM STEIGEN IM KONJUNKTURAUFSCHWUNG DIE PREISE -

WAS IST DAGEGEN ZU TUN ?

Wolfgang Fechner

Tatsache ist, daß der Preisindex für die Lebenshaltung von Januar 1969 bis Januar 1970 um 3,5% gestiegen ist. Damit war der Preisanstieg in der Bundesrepublik zwar immer noch weit geringer als in Frankreich, Großbritannien, den USA, Japan und den Niederlanden, aber doch auch stärker als z.B. in der Schweiz, in Österreich und in Schweden.

Die Frage, die in diesem Artikel beantwortet werden soll, lautet nun: Wie konnte es in der Bundesrepublik Deutschland zu solch einem starken Anstieg der Verbraucherpreise kommen, wie wir ihn seit 1952 nur einmal, nämlich im Jahr 1966, verzeichnen mußten. Besteht nicht auch die Gefahr, daß nach diesem Preisanstieg - wie 1966/67 - die heißgelaufene Konjunktur wieder in eine Rezession einmündet? Die spezifischen Merkmale des jetzigen Konjunkturzyklus in der BRD lassen sich auch in anderen Ländern beobachten: Zunächst stiegen in einer Aufschwungphase - bei relativ niedrigen Löhnen und Zinsen - die Unternehmergewinne; daraus resultierte ein Investitionsboom, und die Notenbanken mußten hart restriktiv eingreifen, zumal die staatlichen Träger der Konjunkturpolitik zu lange mit Gegenmaßnahmen zögerten. Gleichzeitig forderten die Gewerkschaften auf Grund der hohen Zuwachsraten der Unternehmergewinne kräftige Lohnsteigerungen. Hohe Löhne und hohe Zinsen lassen nun aber die Gewinne schrumpfen, die Investitionsneigung nimmt ab, die Rezession (das Zurückbleiben der tatsächlichen hinter der möglich Produktion) naht.

Mit dem Titel "Im Sog des Booms" spricht der Sachverständigenrat der fünf "volkswirtschaftlichen Weisen" in seinem Ende 1969 vorgelegten sechsten Jahresgutachten bereits die konjunkturpolitischen Probleme des letzten und dieses Jahres an: Eine Hochkonjunktur mit einer boomartigen Ausweitung der Nachfrage muß zu unerwünschten Preissteigerungen führen. Die Aussichten für 1970 sind nun noch schlechter. Während uns das Jahr 1969 bei einem starken Preisanstieg auch eine "Explosion des Wohlstandes" gebracht hat, werden die Preise 1970 wohl noch um 1% stärker steigen bei einem relativen Rückgang der Produktion.

Wie schon angedeutet, muß die im Herbst 1969 angelaufene Lohnwelle

als eine Reaktion auf die Gewinnexplosion im Konjunkturaufschwung gesehen werden, die durch die starke Nachfrageexpansion und nicht zuletzt auch durch die 1967 und 1968 zurückhaltende Tarifpolitik der Gewerkschaften ermöglicht wurde. Es besteht kein Zweifel daran, daß durch diese Lohnsteigerungen in Verbindung mit erhöhten Sozialversicherungsabgaben sowie den Kosten der Lohnfortzahlung eine erhebliche Belastung des Kostenniveaus geschaffen wurde. In Zusammenhang mit den hohen Zinsen und der sich weiter verstärkenden Nachfrage entstehen somit "günstige" Voraussetzungen für weitere Preissteigerungen in diesem Jahr - besonders, wenn durch psychologische Effekte dieser Prozeß noch verstärkt wird. Das Fatale an dieser Situation ist eben die Gefahr einer Rezession, die sich aus diesem Prozeß ergeben kann. Hält die Bundesbank noch längere Zeit an ihrer "Politik des teuren Geldes" fest (wozu sie natürlich einerseits durch die konjunkturpolitische Enthaltensamkeit der Bundesregierung, andererseits durch das international allgemein sehr hohe Zinsniveau gezwungen war bzw. ist), so muß mit konjunkturellen Schwächetendenzen zwar nicht mehr in diesem Jahr, aber doch Anfang nächsten Jahres gerechnet werden.

Wichtig wird es für die Entwicklung der Konjunktur auch sein, wie sich zukünftig die Gewerkschaften verhalten. Die "soziale Symmetrie" muß und wird sich 1970 verbessern. Versuchen die Gewerkschaften aber durch zu starke, direkte Lohnsteigerungen die Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer zu ändern, so wird sich die Konjunktur um so mehr abschwächen. Hier liegt eine eminent wichtige Aufgabe der "konzertierten Aktion" vor. Wollen wir nicht wie 1966/67 in ein Konjunkturtief im Jahre 1971 gelangen, so müssen die Gewerkschaften wieder einmal stark zurückstecken mit ihren lohnpolitischen Forderungen, da der Faktor Lohn leider ein wirtschaftspolitisches Doppelgesicht hat: Zum einen werden durch Lohnerhöhungen ohne gleichwertige Produktivitätsfortschritte die Kosten des Betriebes erhöht, zum anderen stellen direkte Lohnerhöhungen stets eine Erhöhung der kaufkräftigen Nachfrage dar. Es muß vor dem vom Sachverständigenrat befürchteten "Verteilungskampf" einen Friedensschluß geben, "der es gestattet, das reale Volkseinkommen in der absehbaren Zukunft auf möglichst hohem Niveau zu sichern."

Kann Minister Schiller die Tarifpartner nicht davon überzeugen, daß der befürchtete Verteilungskampf allen nur Schaden bringt, so müssen die nach Paragraph 26 des Stabilitätsgesetzes möglichen Zuschläge zur Lohn- und Einkommenssteuer eingeführt werden, wobei gerade auch die unteren Einkommensschichten belastet werden müßten, um eine Verringerung des Nachfragevolumens zu erzielen. Um die "soziale Symmetrie" zumindest nicht zu verschlechtern, könnten die zusätzlichen Steuereinnahmen zu einer Förderung (bei grundsätzlicher Neugestaltung) der Vermögensbildung verwendet werden.

Die konjunkturpolitischen Lehren aus dem jüngsten Konjunkturzyklus: Die Hauptursachen, weshalb die vier gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen des Stabilitätsgesetzes bisher nicht verwirklicht werden konnten, sind folgende: Einerseits sind konjunkturpolitisch notwendige fiskal- und steuerpolitische Entscheidungen meist nur mit einem beträchtlichen "time-lag" getroffen worden, so daß die Auswirkungen dieser Entscheidungen zu spät, in einer ganz anderen Konjunkturphase

als geplant, eintraten. Andererseits ist eine Synchronisation zwischen den Zielvorstellungen der verschiedenen Träger der Wirtschaftspolitik bisher nur sehr unzureichend gewesen - vorwiegend auf Grund allzu kurzfristiger und dazu noch gruppenspezifischer Betrachtungsweise. So muß z.B. das zeitliche Auseinanderklaffen von Gewinn- und Lohnentwicklung als ein wesentlicher "Konjunkturverstärker" angesehen werden. Eine automatische Verringerung der Distanz in der Entwicklung dieser beiden Größen (eventuell durch längerfristige Tarifverträge mit Gleitklauseln) könnte vermutlich dazu beitragen, die Konjunktur ein wenig mehr zu stabilisieren.

Bei der Betrachtung des gegenwärtigen Konjunkturzyklus soll auch noch kurz die Frage erörtert werden, welchen Einfluß die DM-Aufwertung hatte und hat. Die Exporte verteuern (und damit die Übernachfrage des Auslandes dämpfen), die Importe verbilligen (und dadurch das Angebot am Inlandsmarkt erhöhen): Das war das konjunkturpolitische Ziel der Aufwertung. Wurde es erreicht? Im gleichen Takt mit der Aufwertung, die mit der Freigabe der Wechselkurse am 30. September 1969 eingeleitet und mit der Festsetzung der neuen Paritäten am 27. Oktober 1969 vollendet wurde, sanken die Einfuhrpreise (um etwa 4 Indexprozent). Auf der anderen Seite stiegen die Ausfuhrpreise, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß. Wenn man auch nicht ein automatisches Durchschlagen der Importpreissenkung auf die Verbraucherpreise feststellen konnte, so trat durch die Aufwertung doch eine allgemeine (relative!) Beruhigung des Preisklimas ein.

Abschließend sei vermerkt: Dieser Konjunkturzyklus hat wieder einmal gezeigt, daß es zwar recht einfach und "verdienstvoll" ist, durch Globalsteuerung eine unterbeschäftigte Wirtschaft anzukurbeln, daß aber in einer vollbeschäftigten Wirtschaft die Trennungslinie zwischen Expansion, Inflation und Konjunkturabschwung sehr schmal wird.

VOM GEMEINSAMEN MARKT ZUR POLITISCHEN EINHEIT

Arved Deringer

Die Verfasser der Römischen Verträge waren der Überzeugung, daß der mit der Montanunion begonnene Weg der Teilintegration über die Einbeziehung immer neuer Bereiche in die Gemeinschaft schließlich zur politischen Gemeinschaft Europas führen müsse. In den Jahren der von Frankreich ausgehenden Krise, in der sich allenthalben wieder nationaler Egoismus regte, hörte man gelegentlich, diese besonders von Hallstein beharrlich verfochtene Überzeugung sei überholt. Für die Bildung der politischen Gemeinschaft bedürfte es einer völlig neuen, besonderen Initiative.

Nun ist sicher richtig, daß die Wirtschaftsgemeinschaft nicht

automatisch in die politische Gemeinschaft führen muß. Aber gerade die Entwicklung der letzten Wochen zeigt, daß der Integration ein gewisser Sachzwang innewohnt: Entweder beziehen die Mitgliedstaaten immer neue Bereiche in die Gemeinschaft ein oder sie muß zurücksinken in das Stadium einer Freihandelszone oder noch weniger.

Das wird z.B. deutlich in der Auswirkung der französischen Ab- und der deutschen Aufwertung auf die Gemeinsame Agrarpolitik oder an dem Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Währungspolitik. Bis zum Sommer vorigen Jahres wurde die Gemeinsame Agrarpolitik als der fortschrittlichste Teil des Gemeinsamen Marktes gefeiert. Als mit den Änderungen der Währungsparitäten sich jedoch die Preise für die Agrarerzeugnisse veränderten, weil sie in Rechnungseinheiten (die dem Dollar entsprechen) festgelegt sind, schien der Gemeinsame Agrarmarkt auseinanderzubrechen, weil Frankreich und die Bundesrepublik Ausgleichsmaßnahmen an der Grenze einführten.

Die logische Folge war, daß der Rat Ende Januar 1970 endlich beschloß, auf der Grundlage eines schon länger vorliegenden Entwurfes der Kommission erste Schritte für eine gemeinsame Währungspolitik durch die Bildung eines europäischen Reservefonds und die Einführung des gegenseitigen Beistandes zu machen. Eine gemeinsame Währungspolitik ist aber auf die Dauer nur denkbar, wenn vorher oder wenigstens gleichzeitig auch die Grundsätze der Wirtschaftspolitik harmonisiert werden. Denn wenn ein Mitgliedstaat eine Politik der Stabilität betreibt und der andere eine solche der gesteuerten Inflation, dann müssen sich die Währungen immer wieder auseinander entwickeln. Sind aber Wirtschafts- und Währungspolitik auch nur teilweise harmonisiert, so müssen sich die Finanzminister der Mitgliedstaaten auch über gemeinsame Richtlinien für die eigene Ausgabenpolitik verständigen, womit eine zentrale Funktion der nationalen Regierungen in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft gerät.

Ähnliche Zusammenhänge ergeben sich bei der Steuer- oder der Außenhandelspolitik. Die Mehrwertsteuer wurde als einheitliches Umsatzsteuersystem eingeführt, zunächst nur, um die aus den bisherigen Umsatzsteuersystemen sich ergebenden Hindernisse für den freien Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zu beseitigen. Sind aber erst einmal auch noch die Sätze der Mehrwertsteuer einheitlich, was demnächst kommen muß, dann müssen auch die Grundsätze der Einkommen- und Körperschaftsteuer harmonisiert werden, weil sonst die Belastung der Unternehmen in den einzelnen Mitgliedstaaten ungleich ist, was zu Wettbewerbsverfälschungen führen kann. Werden daneben auch noch die Verkehrssteuern und die übrigen Verbrauchssteuern, z.B. Tabak- und Alkoholsteuer, aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit der betroffenen Unternehmen harmonisiert, so bleibt den nationalen Finanzministern und ihren Parlamenten auf der Einnahmeseite der Haushalte nicht mehr viel an autonomen Entscheidungen übrig. Auch das führt wieder zu der Notwendigkeit, sich über die Grundsätze der Ausgabenpolitik zu verständigen.

Ein drittes und letztes Beispiel: Wenn innerhalb des Gemeinsamen Marktes keine Hindernisse mehr für einen freien Warenverkehr zwi-

schen den Mitgliedstaaten bestehen, müssen die Mitgliedstaaten auch eine einheitliche Handelspolitik gegenüber Drittländern entwickeln; denn sonst könnten Waren, die ein Mitgliedstaat fernhalten will (z.B. Erdöl in Frankreich), über andere Mitgliedstaaten mit liberaler Handelspolitik doch in den Gemeinsamen Markt und damit auch in die Staaten mit restriktiver Handelspolitik hineinströmen. In diesen Zusammenhang gehört auch die gerade beschlossene Einführung eigener Einnahmen der Gemeinschaft. Wenn zwischen den Mitgliedstaaten keine Zölle oder - im Agrarbereich - Ausgleichsabgaben mehr erhoben werden, dann fallen z.B. die Zölle und Abgaben für in Deutschland verbrauchte Waren aus Drittländern nicht mehr an der deutschen Grenze an, sondern eben dort, wo sie in die Gemeinschaft eingeführt werden, also vielleicht in Rotterdam oder Genua. Da andererseits die Gemeinschaft zur Finanzierung ihrer wachsenden Aufgaben nicht immer nur auf die Beiträge der Mitgliedstaaten angewiesen bleiben, sondern eigene, unabhängige Einnahmen erhalten soll, sollen die Zölle und Ausgleichsabgaben schrittweise auf die Gemeinschaft übertragen werden.

Diese Einnahmen, die nicht unbeträchtlich sind, konnten aber der Kontrolle der nationalen Parlamente nur entzogen werden, wenn man dem Europäischen Parlament erste Haushaltsrechte gab, wie es jetzt für 1975 vorgesehen ist. An diesem Beispiel zeigt sich besonders deutlich, wie die wachsende wirtschaftliche Verflechtung, wird sie konsequent und überzeugt weitergetrieben, doch immer mehr zur Verlagerung auch von zentralen Souveränitätsrechten der Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaft führen muß. Es ist zu hoffen, daß eines Tages auch die zentralsten Gebiete, nämlich die Außen- und Verteidigungspolitik, in die Gemeinschaft einbezogen werden.

WETTBEWERB UND KONZENTRATION

Heinrich Gewandt

Früher galt der unumstrittene Satz: Je mehr Wettbewerb, desto mehr Wirtschaftswachstum. Das scheint manchen Kritikern der marktwirtschaftlichen Ordnung, wie Ludwig Erhard sie geschaffen hat, heute nicht mehr zu genügen. Nicht umsonst bezeichnet Wirtschaftsminister Schiller seinen Kurs als "neue Wirtschaftspolitik". Sie ist eben nicht einfach die Fortsetzung der Sozialen Marktwirtschaft mit anderen Mitteln. Dahinter steht vielmehr eine ganz andere Auffassung von den Aufgaben, welche der Staat in der Wirtschaftspolitik zu übernehmen hat.

Beschränkte sich früher der Staat im wesentlichen darauf, die Bedingungen zu schaffen, die einen freien Wettbewerb ermöglichen und erhalten, so wird neuerdings häufig gefordert, der Staat müsse lenkend in den Marktprozeß eingreifen, um gegebenenfalls auch die Konzentration zu fördern. Die Ausdehnung staatlicher Kontrolle und Ein-

flußnahme auf die wichtigsten Bereiche unserer Wirtschaft wird damit begründet, der technische Fortschritt und die ausländische Konkurrenz verlangten größere Unternehmenseinheiten. Eine große Zahl eigenständiger Unternehmen sei den Riesen-Weltunternehmen, wie wir sie z.B. in den USA kennen, hoffnungslos unterlegen.

Nun ist es wahr, daß mit der Weitung der Märkte, mit der Zusammenfassung von Gebietseinheiten zu immer größeren Wirtschaftsräumen, sich auch im wirtschaftlichen Denken die Beurteilungsmaßstäbe ändern. Niemand wird so engstirnig sein zu behaupten, es dürften auf keinen Fall größere Unternehmenseinheiten geschaffen werden. Ein solches Dogma wäre unhaltbar, weil auf gewissen Gebieten aus rein technisch-wirtschaftlichen und ökonomischen Gründen Großunternehmen nötig sind.

Aber so richtig es sein kann, daß einzelne Branchen größere Unternehmen brauchen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, so falsch wäre es, dieses "Leitbild" schematisch auf die gesamte Wirtschaft zu übertragen. Nach wie vor verbürgt allein der Wettbewerb die höchste Leistung einer Volkswirtschaft, und er ist auch immer noch das sozialste Prinzip in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Wenn nun auch Größe an sich nichts Schlechtes ist, so bringt sie aber auf jeden Fall wirtschaftliche Macht mit sich. Wirtschaftliche Machtstellungen wiederum können zum Mißbrauch verführen. Das wird weithin übersehen, verharmlost oder gar als lächerlich abgetan.

Deshalb kann man es gar nicht oft genug wiederholen: Genauso wie absolute Freiheit einen selbstzerstörerischen Effekt hat, birgt ein völlig sich selbst überlassener Wettbewerb Gefahren in sich. Die Freiheit hat auch auf wettbewerbsspolitischem Gebiet ihre Schranken, wo sie z.B. Kartellabsprachen hervorbringt, die darauf angelegt sind, andere Konkurrenten auszuschließen oder zu behindern. Deshalb muß die Wirtschaftspolitik dafür sorgen, daß stets eine ausreichende Anzahl von Wettbewerbern am Markt ist und daß auch dauernd neue Wettbewerber die Chance haben, in den Marktprozeß einzutreten. Die oft zu beobachtende (aber keineswegs immer vorhandene) Überlegenheit großer Betriebe, die ja immer wieder als Argument zur Konzentrationsförderung herangezogen wird, ist durchaus nicht immer auf größere Leistungsfähigkeit zurückzuführen, sondern vielfach auf künstliche Wettbewerbsverzerrungen. Solche Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen bedeutet nur, gleiche Startbedingungen zu schaffen und ist daher legitim, ja wettbewerbsspolitisch sogar erforderlich.

Das Gerede vom "technologischen Zwang zur Größe" mutet an wie ein Scheinargument, das herangezogen wird, um mittels staatlicher Kontrollen die Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umzugestalten. So kommt man unweigerlich in einen persönlichkeitsfremden Kollektivismus, in dem Privatinitiative und Eigenverantwortung nicht mehr viel gelten. Um das zu verhindern, werden wir an den Prinzipien einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung festhalten und nur eine solche Wirtschaftspolitik unterstützen, die die Garantie dafür bietet, daß freier Unternehmegergeist, Risiko-

bereitschaft und Leistungswille sich frei entfalten können.

Dabei lassen wir uns von der Erkenntnis leiten, daß wirtschaftlicher Fortschritt im wesentlichen nicht von der Größe eines Unternehmens bestimmt wird, sondern in erster Linie eine Umsetzung technischer und betriebswirtschaftlicher Überlegungen in Leistungen bedeutet, die auf dem Markt nachgefragt werden. Große und kleine Unternehmen unterliegen in diesem Prozeß den gleichen Kriterien und müssen daher gleichbehandelt werden.

LESERBRIEFE +)

ANMERKUNGEN ZUR LAGE NACH DEN BUNDESTAGSWAHLEN

"Eine der Hauptaufgaben der CDU/CSU-Opposition wird es sein, dem Wähler Alternativmöglichkeiten zur Regierung aufzuzeigen und bewußt werden zu lassen, daß die Opposition von heute die potentielle nächste Regierung darstellt. In diesem Zusammenhang sei an die Funktion einer wirkungsvollen Opposition erinnert. Die Parteien müssen in der Anerkennung der verfassungsrechtlichen Grundprinzipien übereinstimmen und vorbehaltlos auf dem Boden der Verfassung stehen. Diese Übereinstimmung muß da sein, um keine politischen und sozialen Erschütterungen herbeizuführen. In dieser Hinsicht haben die letzten Bundestagswahlen einen Schritt mehr zu der Entwicklung beigetragen, wenn auch noch nicht hundertprozentig, daß die Parteien im Bewußtsein des Wählers auswechselbar sind. Dies ist im Sinne einer demokratischen Festigung unserer politischen Einrichtungen zu befürworten. Diese staatstheoretische Erkenntnis sollte jedoch nicht dazu herhalten, nur deshalb einen politischen Machtwechsel in der Praxis durchzuführen, weil es die Theorie für gut befindet. Die Opposition muß ferner die Garantie haben, nicht daran gehindert zu werden, politisch wirksam in Erscheinung zu treten, um die ihr zustehenden Aufgaben durchführen zu können. Deshalb sollte an den Garantien, die den Parteien durch Verfassung, Gesetz oder Geschäftsordnung bisher zugestanden haben, jedenfalls in dieser Legislaturperiode nichts geändert werden, denn sonst könnten hier Änderungen doch allzu leicht den Eindruck der Manipulation hervorrufen, besonders wenn diese die Festigung und Vergrößerung der Regierungsmehrheit mit sich brächten. Last not least ist eine Opposition auch nur dann möglich, wenn sowohl Regierungsparteien wie die Opposition sich an die Grundsätze eines fair play halten. Deshalb sollte die CDU nicht in den Fehler verfallen, alle bestehenden Möglichkeiten der Opposition so anzuwenden, daß der Fortgang der parlamentarischen Arbeit gehemmt wird. Das Mittel der Obstruktion soll sie aber dann gebrauchen, wenn Maßnahmen beschlossen werden sollen, die nach ihrer Meinung gegen fundamentale Interessen

+) Die hier wiedergegebenen Ansichten brauchen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion übereinzustimmen.

der Bundesrepublik verstoßen und die ihre Wähler nicht billigen würden.

Allen Abgeordneten sei deshalb die Lektüre der Rede eines der größten englischen Parlamentarier, Edmund Burke, empfohlen, die dieser am 3.11.1774 in Bristol hielt. So sollte sich jeder Parlamentarier an einige ihrer Kernsätze erinnern, bevor er Gesetzesvorlagen seine Zustimmung gibt.

"Die Wünsche der Wähler müssen dem Gewählten von größter Bedeutung sein, ihren Absichten muß er mit Achtung begegnen ... und zu allen Zeiten sein eigenes Interesse gegenüber den Interessen seiner Wähler zurückstellen. Seine unvoreingenommene Meinung, sein eigenes, reifes Urteil, sein erleuchtetes Gewissen darf er seinen Wählern nicht zum Opfer bringen, nicht ihnen und auch nicht irgend einer anderen Gruppe von Menschen ... Euer Repräsentative empfängt seine Verpflichtung als vor Gott verantwortlich und erst danach auf Grund eines Gesetzes oder der Verfassung. Er schuldet den Wählern seinen ganzen Fleiß und darüber hinaus noch viel mehr: sein Urteil, seine Einsicht. Er betrügt seine Wähler, wenn er dieser Verpflichtung nicht nachkommt. Ein Parlament ist kein Kongreß von Abgesandten verschiedener und einander feindselig gegenüberstehender Interessen ... es ist eine beratende Versammlung eines ganzen Landes mit einem gemeinsamen Interesse, dem des Ganzen ... Ihr wählt wohl einen Abgeordneten zum Parlament, doch wird dieser, sobald er gewählt ist, zum 'member of Parliament' und hört auf, ein Mitglied der Interessen von Bristol allein zu sein ..."

Wie gut die Startchancen der CDU/CSU für die nächsten Wahlen sind, hängt von der Art und Weise der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Funktionen ab, aber auch davon, wie die Massenmedien die Opposition in Ausübung ihrer legitimen Pflicht, die Regierung dauernd und nachdrücklich zu kritisieren, die Parlamentsverhandlungen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen, würdigen. Bleibt es weiterhin so, daß vor allem das Fernsehen in seiner Berichterstattung sich nicht wertungsfrei gegenüber den Unionsparteien verhält, so ist hier die CDU vor eine schwierige Aufgabe gestellt, ihre Arbeit in der breiten Masse richtig zu artikulieren.

Begrüßenswert wäre, wenn durch die Bundestagswahlen eine Hypothek, die auf dem deutschen Parlamentssystem lastet, getilgt würde, nämlich die bei der SPD dogmatisch starr zutage tretenden, teilweise naturrechtlich basierten Widerstandsmomente.

Wir alle müssen uns wohl auch davon lösen, zu glauben, daß heutige Wahlentscheidungen beeinflußt werden durch die tiefe Sehnsucht nach Stabilität, wie dies nach einem Krieg, zumal nach einem verlorenen, der Fall war. "Keine Experimente" war der Wahlslogan, der Konrad Adenauer 1957 die absolute Mehrheit brachte. Stabilität ist jedoch an sich noch kein Wert, es kommt entscheidend darauf an, was verwirklicht wird. Und darüber hat man sich wohl in der Vergangenheit in der Union zu wenig den Kopf zerbrochen. Bei personellen Änderungen wie bei Neuformulierungen der Ziele der CDU wird es sicherlich an Warnungen vor allzu großen Veränderungen nicht fehlen. Man wird

sicherlich noch oft das Argument hören, auf erfahrene Kräfte nicht zu verzichten. Natürlich darf der Erfahrungsschatz altgedienter Parlamentarier und Politiker nicht brachliegen. Aber ihre angesammelte Erfahrung sollte nicht dazu dienen, den jungen nachdrängenden Kräften weiterhin den Weg nach oben zu versperren. Die jungen Kräfte haben an Erfahrung wenig zu bieten. Die müssen sie erst lernen. Dafür haben sie jedoch andere Qualitäten, sie sind neu, unverbraucht und voll von Ideen."

Barbara Könitz
Mengen bei Freiburg

ZUM THEMA: DIE CDU UND DER FORTSCHRITT (siehe EV Nr. 10/11, 1969)

"Ein bißchen fortschrittlich muß man aber doch sein ...", so lassen sich in letzter Zeit öfters auch ältere Mitglieder der CDU hören. Die jungen sind da anders. Sie wollen den ganzen Fortschritt. Verständlich, denn wenn er etwas Positives ist, soll man nicht nur "ein bißchen" positiv sein!

Der neue Fetisch - jetzt auch bei uns!

Die ominöse Vokabel "Fortschritt" nun laufend zu finden, ist bei dem Gegenstand des Artikels wohl nicht zu vermeiden, aber symptomatisch für "die CDU der 70-er Jahre" ist das schon jetzt. (Man paßt sich eben an.)

Die hohle Vokabel "Fortschritt" ist jedoch in Stammlers Artikel begrifflich nirgends umrissen worden - wie sollte sie auch. Gerade die Kritik an der Fortschrittsgläubigkeit spricht nur gegen die erklärte Absicht des Verfassers, CDU und Fortschritt zu Synonymen zu machen. Es wäre in diesem Zusammenhang sinnvoll gewesen, darauf hinzuweisen, daß es meist totalitäre oder diktatorische Bewegungen und Systeme sind, die mit diesem Schlagwort und in seinem Namen ihre Gegner totschiessen.

Die Antwort auf die richtig gestellte Frage, "wie der Mensch in der Welt von morgen menschenwürdig leben kann" (Stammler), geben wir nicht, wenn wir von "Fortschritt" reden. Geht dieser nach links oder rechts, geradeaus, bergab oder bergauf? Auch ein im Kreis herum Marschierender schreitet fort. Unsere Aufgabe liegt nicht darin, die von drüben oder gestern angewehten Vokabeln nachzuplappern, sondern darin, ihre Hohlheit aufzudecken. Sprechen wir unsere konkreten Ziele konkret an, dann brauchen wir keine Phrasen!

Sehen wir auf die Leistungen von gestern, die unsere konservative Partei (weil sie liberale Grundsätze mit sozialen in Einklang zu bringen vermochte) vollbracht hat, dann brauchen wir dem Bild der Partei von morgen nicht die Vorstellung des Konservativen von vorgestern entgegenzuhalten. (Stammlers Bild des Konservativen stammt aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts!) Der Wiederaufbau West-

deutschlands war kein Rückschritt. Wir brauchen nach dem 29.9.69 nicht so zu tun, als ob die CDU bisher alles falsch gemacht habe, sie jetzt aber endlich "fortschrittlich" würde!"

Busso v. der Dollen
Bonn

ZUM THEMA: DIE CDU UND DIE INTELLEKTUELLEN (siehe EV Nr. 12/69)

"Es ist gut, wenn wir Selbstkritik üben. Es wäre aber schade, wenn wir es am falschen Punkt tun würden. Ich kann leider nichts damit anfangen, wenn Frau Hanna Walz schreibt, wir hätten zu häufig den Besitzstand verteidigt, zu häufig auch das "C" im Namen unserer Partei in der Gesetzgebung, etwa im Eherecht und im Strafrecht, überstrapaziert; denn ich weiß, obwohl ich mich in der Gesetzgebung der letzten zwanzig Jahre einigermaßen auskenne, nicht, welche konkreten Vorgänge die Verfasserin damit meint. Es wäre wohl nötig, daß die Verfasserin hierzu nähere Ausführungen macht. Unsere Partei muß sich natürlich sehr genau darüber klar werden, welchen Standpunkt sie zu den Gesetzesvorlagen, die den Bundestag in der nächsten Zeit beschäftigen werden, gerade auch im Eherecht und im Strafrecht, einnehmen will."

Dr. Eberhard Bopp
Stuttgart

ZUR DISKUSSION UM DAS "C"

"Die Diskussion um das "C" im Parteinamen, sofern sie dessen Fortbestand auch nur indirekt in Frage stellt, gibt zuweilen Anlaß zu der ebenso schlichten wie sicheren Voraussage, daß eine tatsächliche Streichung dieses Attributes das Auseinanderbrechen der CDU nach sich ziehen würde. Man möge doch daran denken, was selbst nur die eingeführten Abkürzungspunkte hinter den Anfangsbuchstaben einer gewissen anderen Partei schon bedeutet haben.

Dessen ungeachtet ist es heute weniger denn je noch ein Geheimnis, daß von der "christlichen" Orientierung ein in der Politik sehr unterschiedlicher Gebrauch gemacht werden kann. Hier ist es mit dem Christlichen wohl so wie mit dem puren Gold: Dieses selbst ist ohne Wert für den praktischen Gebrauch, sondern "brauchbar" wird es erst durch diese oder jene Form der Legierung. Demgemäß wären manche neuen Meinungen über das "C" der CDU vielleicht auch darauf hin zu befragen, in welche neue weltanschauliche "Legierung" sie

die Partei umschmelzen wollen. Und was hierbei wohl sehr leicht sich aktualisieren kann, das ist die Frage der lebensnotwendigen Grenzen einer innerparteilichen Diskussion.

Anlaß zu der letzteren Überlegung gibt der Leserbrief von Herrn Kurt Lauk in Nr. 1/1970. Die respektable Offenheit, mit der der Einsender seine Meinung vertritt, macht es dem Gegen-Einsender leicht, sich kurzzufassen. Herr Lauk sagt u.a.: "Die kritische In-Frage-Stellung muß sich auch auf die alten Grundsätze erstrecken, wie das Individualitätsprinzip, ... das Personalitätsprinzip und das Subsidiaritätsprinzip, die ... letztlich auf dem Naturrecht beruhen." Wer so spricht und dies auch im weiteren konsequent ausführt, der eröffnet sich - gerade heutzutage - ein weites Feld honorigen Wirkens, aber er benötigt dazu nicht ausgerechnet die CDU als politisches Dach über dem Kopf."

Dr. Hermann von Coelln
Karlsruhe-Rüppurr

"... Trotz aller Versuche, das "C" irgendwie anders zu motivieren, meine ich, daß dieser Buchstabe nicht nur symbolisch, sondern in des Wortes wahrster Bedeutung erhalten bleiben muß: Christlich! Wer das Christentum an den Anfang stellt, bekundet, daß er eine besondere Verantwortung zu tragen gewillt ist und zumindest den ständigen Versuch unternimmt, eine Reformierung der bestehenden Lebensgrundlagen auf geistiger Basis vorzunehmen. Die Durchführung der Reformen auf geistiger Grundlage ist auch der CDU in der Vergangenheit nicht immer geglückt und vor allem, von den wenigsten verstanden worden. Das muß - so unpopulär es auch sein mag - in Kauf genommen werden, denn die Einhaltung der Gebote im täglichen Leben ist ohnehin nicht leicht.

Durch das "C" stellt die Union ganz klar heraus, daß sie sich im klaren Gegensatz zu den marxistischen (eventuell bürgerlich getarnten) Grundsätzen anderer Parteien usw. befindet, die bekanntlich davon ausgehen, daß nur der Mensch allein mit seinen geistigen und materiellen Fähigkeiten die Geschicke dieser Welt bestimmt..."

Friedrich-Wilhelm Geibler
Bremerhaven

UNSERE AUTOREN

Dr. Philipp von Bismarck, MdB, Vorsitzender des Evangelischen Landesarbeitskreises Niedersachsen

Dr. Wolfgang Fechner, Diplom-Volkswirt, Gemünden/Main

Rechtsanwalt Arved Deringer, Stuttgart, Vorsitzender des Evangelischen Landesarbeitskreises Württemberg

Heinrich Gewandt, MdB, Mittelstandsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

KURZ NOTIERT:

WEIZSÄCKER GIBT KIRCHLICHES AMT AUF

Sein Mandat als Mitglied der hessen-nassauischen Kirchenleitung wird Dr. Richard Frh. von Weizsäcker (Bonn/Mainz), der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, niederlegen. In einem Schreiben an Synodalpräses Dr. Otto Kissel wies Weizsäcker zur Begründung darauf hin, er könne aufgrund seiner Tätigkeit als Abgeordneter des Bundestages und Mitglied des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes nur noch so selten an den Sitzungen der Kirchenleitung teilnehmen, daß sich dies "mit der verantwortlichen Ausübung meines Auftrages in der Kirchenleitung nicht vereinbaren läßt." Dr. von Weizsäcker, der im April 1967 von der Synode in die hessen-nassauische Kirchenleitung berufen worden war, wird dieses Mandat jedoch bis zur Wahl eines Nachfolgers auf der kommenden Synodaltagung im März beibehalten.

"HERKÖMMLICHES PFARRAMT" BEIM NACHWUCHS WENIG GEFRAGT

Der Beruf des Pfarrers sei in eine Krise geraten, die ihre Wurzel in der gegenwärtigen Krise von Theologie und Kirche habe, erklärte Oberkirchenrat Volkmar Hahn (Darmstadt) in Frankfurt vor der Mitgliederversammlung des Evangelischen Pfarrervereins in Hessen und Nassau. Der Personalreferent der Landeskirche berichtete, daß sich die Kirchenleitung große Sorgen um den Pfarrerstand mache. Viele Pfarramtskandidaten erstrebten nicht mehr das Pfarramt "herkömmlicher Art" und fühlten sich besonders im Blick auf eine Amtsübernahme in ländlichen Gebieten "frustriert".

RHEINLAND-PFALZ: VOR DEM ENDE DER BEKENNTNISCHULEN

Die Bekenntnisschulen in Rheinland-Pfalz werden voraussichtlich mit Beginn des Schuljahres 1970 der Vergangenheit angehören. Alle im Mainzer Landtag vertretenen Parteien stimmten am Mittwoch, 18. Februar, dem Regierungsentwurf zur Änderung der Landesverfassung zu und sprachen sich für eine zügige Ausschlußberatung aus.

In seiner Regierungserklärung hob Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl die eingehende Erörterung mit den evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche hervor. Die Kirchen hätten die Bemühungen des Landes anerkannt, sowohl den Anforderungen zu genügen, die hinsichtlich der Gliederung an eine leistungsfähige Schule gestellt werden, als auch die Verpflichtungen zu erfüllen, die sich aus den Staatsverträgen mit den Kirchen ergäben. Kohl äußerte die Zuversicht, daß die sich aus der Verfassungsänderung ergebenden Probleme im Hinblick auf das Konkordat ebenso wie in anderen Bundesländern in freundschaftlichem Geist mit den Kirchen gelöst würden.

Hannover: Der Landesarbeitskreis Niedersachsen diskutierte bei seiner letzten Zusammenkunft am 24. Januar unter Leitung seines Vorsitzenden, Dr. Philipp von Bismarck, MdB, notwendige Reformen der niedersächsischen CDU. Das Einleitungsreferat zu diesem Thema hielt Generalsekretär Dieter Haaßengier.

Karlsruhe: Grundsatzfragen, die sich für den Evangelischen Arbeitskreis aus der veränderten politischen Situation nach den Bundestagswahlen ergeben, erörterten die Teilnehmer einer gut besuchten Nachmittagsveranstaltung des Landesarbeitskreises Nordbaden. Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden des Landesarbeitskreises, Bürgermeister Kurt Hofheinz, geleitet. In Anwesenheit des Landesvorsitzenden der nordbadischen CDU, Bürgermeister Otto Dullenkopf, sowie des Bundesgeschäftsführers des Evangelischen Arbeitskreises, Diplom-Kaufmann Peter Egen, betonte man die Notwendigkeit, den begonnenen innerparteilichen Dialog fortzusetzen.

Stuttgart: Der Landesarbeitskreis Württemberg wird sich im Rahmen einer Wochenendklausurtagung im Mai mit der gegenwärtigen Situation der CDU beschäftigen. Dies beschloß der Vorstand des Landesarbeitskreises unter Vorsitz von Rechtsanwalt Arved Deringer. Weiterhin wurde der Studiengruppe des Evangelischen Arbeitskreises volle Unterstützung bei ihrem Bemühen um einen Beitrag zur innerparteilichen Grundsatzdiskussion zugesichert.

Köln: Unter Leitung des Vorsitzenden des rheinischen Landesarbeitskreises, Landtagsvizepräsident Dr. Otto Flehinghaus, beschäftigten sich kürzlich die Vorsitzenden und Vertrauensleute der örtlichen Arbeitskreise mit der Situation der rheinischen CDU vor den am 14. Juni stattfindenden Landtagswahlen. Über die gegenwärtige Lage in der Partei referierte der stellvertretende Vorsitzende der NRW-Landtagsfraktion, Dr. Horst Waffenschmidt.

Berlin: Über die umstrittene Neujahrspredigt von Bischof D. Kurt Scharf diskutierte der evangelische Arbeitskreis der CDU in Berlin. Vorsitzender ist der evangelische Theologe Professor Dilschneider. Die Äußerungen von Scharf hatten zu einem Protestschreiben von 17 evangelischen West-Berliner CDU Abgeordneten geführt. Als Gast nahm an der Veranstaltung des CDU-Arbeitskreises der West-Berliner Konsistorialpräsident Hansjürg Ranke teil, der an eine Vereinbarung zwischen der CDU-Landesleitung und der Kirchenleitung erinnerte, vor der öffentlichen Austragung von Meinungsverschiedenheiten Kontakt miteinander aufzunehmen.

Der Evangelische Pressedienst teilte hierzu ergänzend mit, daß CDU-Landesvorsitzender, Peter Lorenz, es daher abgelehnt habe, den Offenen Brief an Scharf zu unterschreiben. Ranke erläuterte die Neujahrspredigt und die Haltung von Scharf und sagte, dem Bischof gehe die Ehre Gottes höher als irgendein menschlicher Wert. Er fügte hinzu: "Die Ehre Gottes bedeutet hier in Berlin-Brandenburg immer noch die Einheit der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg." Das Festhalten an dieser Einheit sei auch ein Festhalten an den Werten unseres Volkes.

GESUNDSCHRUMPUNG DER KIRCHE ?

Aus manchen Gebieten wurden alarmierende Zahlen über Kirchenaus-
tritte gemeldet. Demnach traten im letzten Jahr vielfach doppelt
soviel Menschen aus als im Jahr zuvor, und Professor Beckmann, der
Präses der rheinischen Kirche, meinte, diese Austrittswelle sogar
in Verbindung mit den entsprechenden Vorgängen im Dritten Reich se-
hen zu müssen. Ein besonderer Wirbel wurde durch eine Neujahrspre-
digt des Berliner Bischofs Kurt Scharf ausgelöst, in der er eben-
falls auf die Vorgänge Bezug nahm und von einer "Sichtung der Kir-
che" sprach. Er bezog sich dabei auf die Statistik der Ausgetretenen
und glaubte feststellen zu können, daß es vor allem Ärzte seien, die
sich von der heutigen Wissenschaftsgläubigkeit bestimmen ließen,
außerdem ältere Menschen, die er den "patriotischen konservativen
Kreisen" zurechnete, und nicht zuletzt junge Leute, bei denen er
einen "Mangel an innerer Orientierung" vermutete.

Allerdings wird man diese ersten nervösen Reaktionen nicht überbe-
werten dürfen. Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Austritts-
welle keineswegs in gleicher Weise die ganze evangelische Kirche er-
faßt hat, sondern daß in manchen Kirchengebieten (zum Beispiel im
Südwesten) keineswegs ein auffallendes Anschwellen der Austritte zu
beobachten ist. Wenn überhaupt von einer solchen Entwicklung die Re-
de sein kann, dann erstreckt sie sich vornehmlich auf großstädtische
Gebiete, in denen ohnehin die Kirchlichkeit verhältnismäßig gering
zu sein pflegt. Als unzutreffend kann es auf jeden Fall bezeichnet
werden, wenn die gegenwärtigen Austritterscheinungen mit der Situa-
tion im Dritten Reich verglichen würden. Damals waren sie das Ergeb-
nis politischen Drucks oder auch zweckgerichteter Propaganda, und
angesichts dessen war es sogar überraschend, daß nicht noch ein we-
sentlich größerer Einbruch in die Kirchen erzielt wurde. Vergleich-
bar sind auch nicht die entsprechenden Vorgänge in der Weimarer Zeit,
denn damals waren es vor allem Arbeiter, die sich zu diesem Schritt
entschlossen, während es heute vornehmlich die großstädtischen Mit-
telschichten sind, die sich von der Kirche abkehren.

Wenn man sich überhaupt schon ein Urteil über diese Austrittsbewe-
gung erlauben kann, dann läßt sich nur feststellen, daß ein gewis-
ses Unbehagen an der Kirche bei vielen die Ursache sein mag. Dieses
Unbehagen richtet sich aber auf durchaus gegensätzliche Beobachtun-
gen: Den einen ist die Kirche zu konservativ und zu traditionsgebun-
den, den anderen dagegen zu modern oder auch zu politisch orientiert.
Die einen verlassen die Kirche, weil sie ihnen nicht fromm genug er-
scheint, und die anderen, weil sie schon längst keinen Kontakt zur
Frömmigkeit der Kirche mehr haben. Viele ziehen mit ihrem Austritt
eine Konsequenz, die sich in ihnen längst schon vorbereitet hatte
und die sie jetzt vollziehen, nachdem heute die Kirche in der Öffent-
lichkeit umstrittener ist als in der hinter uns liegenden Zeit. E.S.

Redaktionsgemeinschaft: Eberhard Amelung, Peter Egen, Eberhard Stammler
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
53 Bonn/Rh., Am Hof 28, Ruf: 02221-57001

Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplare erbeten